

Hohenstein-Crussthaler Tageblatt

und Anzeiger

Erscheint jeden Sonntag nachmittags. — Fernsprecher Nr. 11.
Postfach Nr. 244. — Gemeindefunktionäre 14. — Wan-
taufent-Gemeinde- und Privat-Bestellungen Hohenstein-Crussthal
— Unverlangt eingehende Manuskripte werden nicht zurückge-
schickt. Anzeigen ohne Namenskennung haben keine Wirkung.

Der Kassen, Konten, Kassen, etc. wird der Redaktion
in Rechnung gestellt. Die Kasse ist stets geöffnet. — Die
Anzeigen werden nach dem Inhalt der Zeitung
eingesendet. Die Redaktion ist nicht für die
Rückgabe der Manuskripte verantwortlich.
Die Redaktion ist nicht für die
Rückgabe der Manuskripte verantwortlich.

Hohenstein-Crussthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Crussthal mit Güttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf,
Hermisdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschursdorf, Reichen-
bach, Callenberg, Grumbach, Kirchheim, Ruchschappel, St. Egidien, Wäldenbrand, Erlina,
Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und
des Stadtrats zu Hohenstein-Crussthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Nr. 253

Der Preis der einblättrigen Anzeigen beträgt 15.
der zweiblättrigen 25. Für den Wochenpreis
werden 15 Gelddienste berechnet.

Donnerstag, den 29. Oktober 1925

Wochenpreis halbjährlich 80 Gelddienste
einschl. d. Frachtkosten.

75. Jahrg.

Der Reichskanzler über Locarno

Eine Rede in Essen

Reichskanzler Dr. Luther begab sich gestern mit-
tag 2 Uhr in einem Flugzeug der Junkerswerke von
Berlin nach Essen. Er ist 6,40 Uhr glatt auf dem
Flughafen „Ruhrgelände“ gelandet und von Ober-
bürgermeister Dr. Bracht und Oberbürgermeister
Zemke-Wülheim empfangen worden. Die Herren
begaben sich im Auto sofort nach Essen.

Am Abend hielt der Kanzler im Rahmen der
Medizinischen Woche im dicht gefüllten Essener Saal-
bau eine große politische Rede, über die, da sie noch
nicht im Wortlaut vorlag, folgende offizielle Aus-
sagen gegeben wurden.

Der Reichskanzler wies eingangs seiner Rede auf
die Bedeutung der Essener „Medizinischen Woche“ als
kulturvermittelnde Einrichtung, sowie auf die beson-
dere Bedeutung des Ruhrbezirks für die arbeitende
deutsche Wirtschaft hin. Als Thema für seine Be-
trachtungen habe er die Frage gewählt: Was be-
deutet Locarno? Giebung und Ausbau des
Vortrages wolle er im Rahmen der Medizinischen
Woche anpassen an die medizinischen Begriffe Gesund-
heit und Prognose.

Vor dem Kriege sei die Grundlage für die politi-
sche Gestaltung Europas das System der Gleich-
gewichtsverhältnisse gewesen. In der Nachkriegszeit sei
dies durch die Schaffung von zwei Kategorien von Staaten,
die Entwaffneten und Bewaffneten, das Gleichgewicht
gehört worden.

Aufgabe der deutschen Nachkriegspolitik sei,
Deutschland als gleichberechtigten Faktor in das euro-
päische Staatensystem wieder einzufügen. Gleichbe-
rechtigung sei Voraussetzung für jede fruchtbare Mit-
arbeit an den großen gemeinsamen Aufgaben.

Die außenpolitischen Sorgen, die das deutsche Volk
bewegen, knüpfen zunächst als Grundlage an die all-
gemeine Entwaffnung an, die im Vertrag von Ver-
sailles als Grundprinzip aufgestellt sei. Auch in
Locarno habe die Frage der Entwaffnung eine wich-
tige Rolle gespielt.

Das oberste Ziel von Locarno sei aber die
Schaffung von Sicherungen für den Frieden.

Zu diesem Zwecke diene in erster Linie der in Locarno
weitestgehend verwirklichte Gedanke des Schiedsver-
fahrens.

Der Reichskanzler gab anschließend eine eingehende
Darlegung des Sicherheitspaktes unter besonderer Be-
tonnung einzelner die Öffentlichkeit besonders inter-
essierender Probleme.

Das Schiedsgerichtssystem habe sich in
den Erörterungen in London und in Locarno als das
geeignete und wirksamste Mittel zur
Sicherung des Friedens bewährt.

Der Reichskanzler erwähnte alsdann die einzelnen
Bestimmungen des Sicherheitspaktes, beginnend mit
der Präambel und danach übergehend zu den Vor-
schriften des Art. 1 und 2, deren Inhalt für das
Rheinland und Ruhrgebiet von besonderem Interesse
sei. Auch die damit im Zusammenhang stehenden Vor-
schriften der Völkerbundsatzung wurden zur Erläute-
rung mit herangezogen, insbesondere diejenigen, die
bei Konflikten zwischen den Staaten der Bestimmung
des Angreifers und der Regelung von Rechten und
Pflichten der Beteiligten dienen.

Was die Ostfrage anbelange, so sei hier im Hin-
blick auf die Führung der deutschen Westgrenzen eine
andere Lage gegeben als im Westen. Aber auch hier
stehe das Friedensziel, wie in der Präambel zu den
Völkerbundverträgen zum Ausdruck kommt, im Vorder-
grunde.

Die in Locarno getroffenen Abmachungen zwischen
Frankreich und Polen bezw. der Tschechoslowakei hiel-
ten sich genau an die im Völkerbundspakt getroffene
Regelung. Wozu noch von deutschen Standpunkt hin-
zukommen, daß bei etwaigem Eintritt des Garantie-
falles die englisch-italienische Garantie zu Deutsch-
lands Gunsten mittelbar wirksam werden könne.

Zur Frage des Artikels 16 der Völkerbundsatzung
wies der Kanzler auf die Beziehungen Deutschlands zu
Australien hin, die, wie der jüngst geschlossene
deutsch-australische Handelsvertrag beweise, durch das
Wert von Locarno keine Minderung erlitten hätten.
Die Stellungnahme Deutschlands zum Artikel 16 sei
bestimmt durch die besondere Lage Deutschlands in Be-
zug auf den militärischen Rüstungsstand und durch
jeweils geographischen Verhältnisse.

Der Reichskanzler berührte im Zusammenhang
auch die übrigen, mit Deutschlands Eintritt in den
Völkerbund zusammenhängenden Fragen.

Anschließend ging der Reichskanzler zur Prognose
über, zur Betrachtung der Frage, wie sich das in
Locarno Erreichte in der Zukunft auswirken werde.
Hier stellte er den Gesichtspunkt in den Vordergrund,
daß ein Erfolg nicht deswegen abgelehnt werden
könne, weil er nicht alle gehegten Wünsche erfülle.

Der Weg zum Aufstieg sei mühselig

und langsam. Ein Rückblick auf die vergangenen
Jahre ergebe jedoch, daß ein positiver und ständiger
Fortschritt festzustellen sei. In dieser Beziehung
komme dem Artikel 6 des Sicherheitspaktes besondere
Bedeutung zu. Hier sei in der Einfügung des
Schiedsvertrages über die Regelung des Londoner
Abkommens hinaus ein bedeutender Fortschritt er-
zielt. Die besondere Bedeutung des Artikels 20 des
deutsch-französischen Schiedsvertrages werde in diesem
Zusammenhang erläutert. Der Reichskanzler stellte
sich alsdann mit den Einwendungen und Bemänge-
lungen auseinander, welche gegen das Wert von
Locarno laut geworden seien, und wies abschließend
auf die großen allgemeinen Gesichtspunkte hin, die bei
Betrachtung des Wertes von Locarno im Rahmen
der Weltpolitik und der Weltwirtschaft in Betracht
gezogen werden müßten.

Zur Frage der Rückwirkungen unterstrich
der Kanzler mit besonderem Nachdruck die Notwendig-
keit der Schaffung einer Grundlage, auf der dem
schwerkörperlichen deutschen Volke Vertrauen in die ge-
machten Zusicherungen und Glauben an den Frieden
der Zukunft erwachsen könne. Es bestche kein Zwei-
fel daran, daß, wenn die Rückwirkungen in Sonder-
heit hinsichtlich der Rheinlandfrage, in dem Sinne
behandelt würden, der die logische Auswirkung der Ver-
handlungen in Locarno darstelle, dann eine große
Mehrheit des deutschen Volkes dem Vertrag von
Locarno zustimmen werde.

Demgegenüber sei es eine Frage von nachgeord-
neter Bedeutung, in welcher Weise dieser sichere
deutsche Volkswille seinen endgültigen Ausdruck finde.
Sei es im Parlament, wie es jetzt bestche, sei es durch
Befragen des Volkes selber. Allen deutschen Par-
teien rufe er, der Reichskanzler, zu, daß es sich jetzt
darum nicht handele, Politik im gewöhnlichen Sinne
des Wortes zu machen, sondern, daß das deutsche Volk
sich vor geschichtlichen Aufgaben stelle. Daß eine
außenpolitische Entscheidung von solcher Tragweite
hinterher auch tiefe Spuren in die gesamte politische
Entwicklung eines Volkes trage, entspreche aller ge-
schichtlichen Erfahrung. Er, der Reichskanzler, werde
seine ganze Kraft daran setzen, daß die großen außen-
politischen Fragen wirklich reif würden zur Entsch-
eidung durch das deutsche Volk. Das sei seine Aufgabe
im Dienste des ganzen deutschen Volkes, das höher
stehe, als irgendwelche Parteigesichtspunkte. In die-
ser Stadt, so schloß der Reichskanzler, in der ich die
Ehre und das Glück gehabt habe, als Oberbürger-
meister zu walten, wird jedermann, daß der gegen-
wärtige Reichskanzler Parteigesichtspunkte nicht
kennt, aber ich glaube an Deutschland!

Spätere Einberufung des Reichstages?

(Glaube Drachmelbung)

Berlin, 29. Oktober

In den parlamentarischen Kreisen ist das Ge-
richt verbreitet, Reichskanzler Dr. Luther sei ent-
schlossen, den Reichstag erst nach der
Unterzeichnung des Locarno-Ver-
trages in London gegen Ende Dezember
einzu berufen. Das gegenwärtige Reichs-
kabinett sei der Meinung, daß die augenblicklichen
parlamentarischen Schwierigkeiten es der Regie-
rung un möglich machen, vor dem 1. Dezem-
ber eine klare parlamentarische Entscheidung
herbeizuführen. Infolgedessen werde der innen-
politische Kampf im Reichstag erst dann zur Aus-
tragung gelangen können, wenn die Unterzeich-
nung bereits erfolgt ist. Der Reichskanzler soll
angeblich der Auffassung sein, daß bis dahin die
Möglichkeit gegeben wäre, mit den Deut-
sch-nationale zu einer befriedigenden Einigung
zu gelangen.

Die Demokraten gegen Luther und für Marx

(Glaube Drachmelbung)

Berlin, 29. Oktober

Aus demokratischen Kreisen erfahren wir, daß
die demokratische Reichstagsfrak-
tion unter keinen Umständen be-
reit sein würde, der Regierung Luther
beizutreten. Nach Auffassung der demo-
kratischen Führer werde es notwendig sein, die Par-
teien des Weimarer Volksbundes zu einem ge-
meinsamen Vorgehen zu vereinigen. Der frühere
Reichskanzler Dr. Marx sei jetzt derjenige
Mann, der in der Lage sein würde, die Lage
restlos zu klären. Nach dieser Richtung hin wer-
den die demokratischen Führer in den nächsten
Tagen dem Zentrum bestimmte Vorschläge unter-
breiten.

Die Sozialdemokratie wünscht Auflösung des Reichstages

Der Vorstand der Sozialdemokrati-
schen Reichstagsfraktion trat am
Mittwoch zur Prüfung der politischen
Lage zusammen. Er gab nach etwa zweistündiger
Beratung folgenden Bericht aus:

Der Vorstand war einmütig der Auffassung,
daß sich durch Austritt der deutschnationalen
Minister an der Schärfe der Opposition der So-
zialdemokratie gegen die Regierung Dr. Luther
nichts geändert hat. Der Austritt der Deutsch-
nationalen beweist nur, daß es unmöglich war,
mit dieser Partei eine den deutschen Interessen
entsprechende auswärtige Politik zu führen. Die
Sozialdemokratie kann nicht daran den-
ken, die Deutschnationalen aus der Verantwor-
tung zu entlassen und in diesem Reichs-
tag den Vertrag von Locarno, in
dem sie den großen Erfolg ihrer eigenen außen-
politischen Richtlinien erblickt, gegen die
deutschnationalen Stimmen zu ra-
tifizieren.

Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der
Krise in der Befragung des Volkes ver-
mittelt der Auflösung des Reichstages.

Der Fraktionsvorstand wird die Reichstags-
fraktion zum Freitag, den 6. November, einberu-
fen, um zur Situation, insbesondere zur Frage
des Zusammentritts des Reichstages, Stellung
zu nehmen.

Graf Kanitz über die Lage der Landwirtschaft

Eine Rede im Reichslandbund

Der Reichslandbund hielt gestern im ehe-
maligen Herrenhause eine erweiterte Vertreters-
versammlung ab mit der Tagesordnung:

Die gegenwärtige Lage der deutschen Land-
wirtschaft und ihre Rückwirkungen auf die ge-
samte Volkswirtschaft

Es wurde der Versammlung eine Entschlebung vor-
gelegt, in der die Regierung aufgefordert wird, aktiv
einzugreifen, wenn angesichts der drohenden Wirt-
schaftskatastrophe noch Hilfe möglich sein soll. Vor-
 allem sei notwendig ein energiegeloses Einwirken
der Regierung auf die Kreditgestaltung, so daß
der Landwirtschaft das Betriebskapital zu tragbaren
Zinsen gesichert werde, sowie eine Regulierung der
Preisgestaltung. Es müsse erneut die Forderung er-
hoben werden, einen Sonderausschuß beim Reichskabi-
nett einzusetzen, der die notwendigen Maßnahmen
prüfen und für ihre schleunige Durchführung sorgen
soll. Wenn auch dieser Appell wirkungslos ver-
falle, trage die Reichsregierung die Verantwortung für die
unabwendbare Lähmung der landwirtschaftlichen
Produktion.

In der Versammlung, die vom Präsidenten Graf
v. Kalckreuth eröffnet wurde, nahm auch der
Reichslandwirtschaftsminister Graf Kanitz das
Wort, der die Grüße des Reichskanzlers und der
Reichsregierung überbrachte. Er betonte, daß man
jetzt vor der hängigen Frage stehe:

„Was wird aus der deutschen Landwirtschaft?“
Eines Erachtens würde man die schweren Wete nur

dann übersehen, wenn man sich von vornherein über
die eigentlichen Ursachen des Niederganges der deu-
tschen Landwirtschaft klar werde. Erst dann könne der
Nebel richtig angeleitet und mit neuem Mut an die
Arbeit gegangen werden. Bieleorts fehle noch das
richtige Verständnis dafür, was sich eigentlich mit dem
Sturz der deutschen Währung wirtschaftlich vollge-
hat. Man müsse nur an die Tatsache denken, daß in
Jahre 1914 allein das Kapitalvermögen der land-
wirtschaftlichen Genossenschaften zwischen 2 und 3
Millionen Mark betrug und am 1. Oktober 1923 auf
irrselam nur 80 000 Goldmark geschätzt worden sei.
Es sei klar, daß viele Jahre nötig seien wür-
den, um wieder nennenswertes Kapital
zu ersparen. Gegenüber Vorwürfen erklärte der
Minister, es stehe für ihn zwar fest, daß die deutsche
Wirtschaft unrettbar verloren sei, falls
es nicht gelinge, die Landwirtschaft lebhaftig intensi-
fizieren zu lassen. Andererseits sei aber die deutsche Kredit-
krise zu kurz, um genügend Mittel zur Verfügung zu
stellen, die überall und restlos eine Intensivwirtschaft
ermöglichten. Es werde deshalb in Zukunft nötig
sein, daß der Einzelkredit auf dem Gebiete in-
tensiv wirtschaftet, auf dem sich die Intensivierung von
Kapital reichlich lohnt. Bisher sei teilweise hier
etwas zu schematisch gearbeitet worden. Es werde
nur eine beschränkte Anzahl von landwirtschaftlichen
Betrieben geben, die in Zukunft mit gutem Gewissen
alle landwirtschaftlichen Produktionszweige betreiben
könnte. Das letzte Quartal 1923 umfasse eine gerade-
zu katastrophale Anzahl von Fällig-
keitsterminen für landwirtschaftliche
Wechsel. Es stehe fest, daß die in zwei Raten
kontrahierten Schuldverbindlichkeiten nicht aus dem
Ertrage einer Ernte abgedeckt werden könnten. Ab-
gesehen von der Rückzahlung der ersten Rate der Ren-
tenanwechsel zum 16. November, die nicht prolon-
giert werden können, sei Vorsorge getroffen, daß die
Fälligkeitsstermine für die übrigen Verbindlichkei-
ten geleistet werden. Aber Teilzahlungen müß-
ten geleistet werden. Es stehe außer Zweifel, daß
noch schwere Jahre vor uns liegen. Man wird sich
aber langsam in die Höhe sparen müssen.
Kapital wird in absehbarer Zukunft in der Land-
wirtschaft schwerlich nicht erworben, sondern erpart
werden. Es müsse der Mut zur Arbeit aufgebracht
werden. Die staatliche Fürsorge für die Landwirtschaft
werde sich vorläufig hauptsächlich darin zeigen, daß
die größten Härten bei der Rückzahlung von Verbindlich-
keiten durch Einwirkung auf die Kreditinstitute ver-
mieden werden und daß weiter alle irgendwie er-
kennbaren Kreditquellen zur Erschließung sommer-
zeitiger der nachgeordneten Institute auf dem Land
müsse es sein, zusammen mit den öffentlichen recht-
lichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft dafür
zu sorgen, daß sich das Entgegenkommen der Spiker-
institute bis zum Kreditnehmer auswirkt. Die Land-
wirtschaftlichen Berufsorganisationen würden sich ein-
großes väterländisches Verdienst erwerben, wenn auf
sie die Dinge schonungslos beim richtigen Name-
nennen und bei ihren Mitgliedern nicht die Hoff-
nung auf eine Verbesserung über Nacht aufkomme-
lassen.

Der Minister schloß: Der Reichslandbund, des-
sen ich sicher, wird die Zeichen der Zeit verstehen, daß
aus dem „Janal „Bauer in Not“ die einzig richtige
Konsequenz gezogen wird, die für jeden einzelnen
heißer muß:

„Auf zum Kampf um die Ernährungsschale
und um das Leben des deutschen Volkes.“

Die Reichsregierung, dessen seien Sie gewiß, wird in
diesem Entscheidungslampfe in vorbesten Reithe
stehen.

Hoesch bei Briand

Botschafter v. Hoesch hat gestern nachmittag
dem Außenminister Briand einen Besuch ab-
gestattet und mit ihm eine Unterredung über die
Abrüstungsfrage geführt. Dieser Unter-
redung wird große Bedeutung beigemessen, da sie
im Anschluß an die Aussprache erfolgte, die
Briand am Dienstagabend in der Abrüstungs-
frage mit Chamberlain hatte.

Zum kommunistischen Antrag auf
Reichstagsauflösung

Im Auftrage des Vorstandes der kommunisti-
schen Reichstagsfraktion hat der Reichstagsabge-
ordnete Söder gestern an den Vorstand der
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgendes